

Wahlprüfstein des Landesfrauenrat Baden - Württemberg zur Landtagswahl 2026

ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

1. Entwicklung und Umsetzung einer Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Werden Sie die noch in der laufenden Legislaturperiode beschlossene Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie direkt umsetzen?

Wir fühlen uns der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie verpflichtet. Die SPD spricht sich dafür aus, die Gleichstellungsstrategie mit einem wirksamen Monitoring zu hinterlegen. In der Gleichstellungsstrategie werden konkrete Maßnahmen und Instrumente hinterlegt werden. Die Umsetzung der Gleichstellungsstrategie werden wir mit finanziellen und personellen Ressourcen ausstatten, so dass sie auch Wirksamkeit entfalten kann.

2. Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Baden-Württemberg

Wie werden Sie damit umgehen, dass in Baden-Württemberg bereits vielfach in der Gleichstellung gekürzt wird, sogar Beratungs- und Hilfsangebote im Hinblick auf das GewHG abgebaut werden?

*Wir passen das Gewalthilfegesetz für Baden-Württemberg an, um den Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt umzusetzen. Wir erhöhen die Zahl der Beratungsstellen, der Frauen- und Kinderschutzhäuser und der Gewaltschutzambulanzen in Baden-Württemberg. In jedem Landkreis soll es mindestens einen Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner:innen geben. Wir verpflichten uns zur konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg und benennen Femizide als das, was sie sind: Morde an Frauen, weil sie Frauen sind. Häusliche Gewalt darf kein Tabuthema bleiben. Wir verbessern die strafrechtliche Verfolgung, setzen elektronische Fußfesseln konsequent ein und stellen sicher, dass Schutz- und Präventionsmaßnahmen flächendeckend verfügbar sind. Die Landeskoordinierung spezifischer Fachberatung bei sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend (LKSf) stärken wir. Das Gesetz bietet ebenso Schutz vor Menschenhandel und Zwangsprostitution, Ausstiegshilfen sowie wirksame Prävention zur Loverboy-Methode. Im Hinblick auf Gewaltprävention nehmen wir die Aufklärung zum Thema Internetpornographie und zu den dort vermittelten stereotypischen Geschlechterrollen in die schulische Bildung auf. Das Ziel muss letztendlich sein, dass weniger Gewalt ausgeübt wird. Deshalb braucht es einen Ausbau von Beratungsstellen für Täter*innen und tatgeneigte Personen sowie Beratungsstellen zur Schlichtung. Im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, besteht ein großer Verbesserungsbedarf. Im Hinblick auf Gewaltprävention nehmen wir die Aufklärung zum Thema Internetpornographie und zu den dort vermittelten stereotypischen Geschlechterrollen in die schulische Bildung auf. Das Ziel muss letztendlich sein, dass weniger Gewalt ausgeübt wird. Deshalb braucht es einen Ausbau von Beratungsstellen für Täter:innen und tatgeneigte Personen sowie Beratungsstellen zur Schlichtung. Im Bereich des Gewaltschutzes für Frauen, insbesondere Frauen mit Kindern, besteht ein großer Verbesserungsbedarf. Geplanten Kürzungen in diesem Bereich werden wir uns daher massiv entgegenstellen.*

3. Novellierung des ChancenG

Warum wurde die Novellierung des ChancenG in der laufenden Legislaturperiode nicht umgesetzt?

Die SPD setzt sich für die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes ein. Selbstverständlich werden wir das Thema in mögliche Sondierungs- und Koalitionsgespräche einbringen, damit in Baden-Württemberg mehr Frauen in Führungspositionen, in Aufsichtsräte und in Entscheidungsgremien kommen. Dazu streichen wir Ausnahmetatbestände aus dem Chancengleichheitsgesetz. Des Weiteren ist es notwendig, das Chancengleichheitsgesetz mit Blick auf kommunale Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte für Chancengleichheit anzupassen, um deren Rechte zu stärken. Die SPD hat mit ihren kleinen Anfragen an jedes Ressort im vergangenen Februar aufgedeckt, an welchen Stellen noch besonderer Handlungsbedarf hinsichtlich der Umsetzung des Chancengleichheitsgesetzes besteht, wie z. B. bei den Forstämtern.

4. Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch

Welche Antworten haben Sie zum Forderungspapier „ELSA-Studie zeigt deutliche Lücken im Versorgungsnetz und Handlungsbedarf“, das wir zusammen mit pro familia und der LAG der Gleichstellungsbeauftragten versandt hatten?
<https://www.lfrbw.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen/>

Die SPD begrüßt es ausdrücklich, dass die ELSA-Studie inzwischen veröffentlicht worden ist. Das Land weist hier erhebliche Versorgungslücken auf, so dass von einer angemessenen flächendeckenden Versorgung nicht gesprochen werden kann.

Die SPD stärkt das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und die Versorgungssicherheit bei Schwangerschaftsabbrüchen. Kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche gehören zur Grundversorgung. Diese müssen Teil der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sein. Wir stellen sicher, dass es überall im Land Zugang zu Beratung gibt, die zukünftig auch online möglich sein soll. Außerdem gewährleisten wir, dass in jedem Teil Baden-Württembergs in zumutbarer Entfernung ein Schwangerschaftsabbruch möglich ist. Eine angemessene flächendeckende Versorgung machen wir zum Gegenstand einer verbindlichen Landeskrankenhausplanung. Wir werden eine landesweite Informationsplattform zu Angeboten von Schwangerschaftsabbrüchen einrichten.

5. Entwicklung von Strategien gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus

Welche Strategie werden Sie in Ihrem Regierungsteam konkret anwenden, um antifeministische Entwicklungen (Hate speech, Femizide) zu stoppen und Frauen zu fördern?

Zunächst einmal setzen wir die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie um, die wir mit konkreten Maßnahmen hinterlegen werden. Darüber hinaus werden wir das Chancengleichheitsgesetz novellieren (vgl. 3.).

Die SPD plant die unbefristete Finanzierung von Projekten und Beratungsstellen gegen Diskriminierung und Rassismus sowie der Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Frauen besser zu schützen. Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung macht deutlich, wie notwendig diese Fachstellen sind.“

*Wir investieren in die politische Bildung auf allen Ebenen. Prävention und politische Bildung sind die beste Vorsorge vor extremistischen Straftaten und vor einem Abrutschen in extremistische Szenen. Wir werden daher die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und der Demokratiezentren stärken. Vereine, Initiativen und Ehrenamtliche, die sich für die Demokratie oder für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, fördern wir strukturell und finanziell. Hierzu ist die Einführung eines Landesprogramms „Wehrhafte Demokratie“ vorgesehen, dass Projekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention nachhaltig finanziell absichert. Immer mehr kommunal Engagierte sehen sich Bedrohungen ausgesetzt. Wir fordern in Zusammenarbeit mit Polizei, Landeskriminalamt und Verfassungsschutz ein Landesprogramm zum Schutz von Kommunalpolitiker:innen – mit Präventionsangeboten, Beratung und rechtlichem Beistand. Wir erhöhen die Landesmittel über die bisherige Kofinanzierung hinaus, um mehr Projekte zu ermöglichen und neue Zielgruppen zu erreichen. Gleichzeitig schaffen wir mehrjährige Förderzusagen, damit Träger und Initiativen langfristig planen können. Insbesondere wollen wir Präventionsarbeit und politische Bildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie im Vorschulbereich weiter stärken. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Desinformation, Fake News und Hassbotschaften extremistischer Akteure in sozialen Medien erfordert ein umfassendes Konzept zur Förderung der Medienkompetenz auf allen Ebenen. Bestehende Ausstiegsprogramme bei dem Kompetenzzentrum gegen Extremismus Baden-Württemberg (konex) werden erweitert und finanziell angemessen ausgestattet. Wir legen ein besonderes Augenmerk auf die Arbeit der Gedenkstätten und der Lern- und Dokumentationszentren zum Nationalsozialismus im Land. Eine freie Presse ist essenziell für Demokratie. Ihre Unabhängigkeit muss geschützt und Journalist*innen effektiv vor Angriffen bewahrt werden. Wir schützen die Demokratie und stärken den Verfassungsschutz. Die aktuellen Bedrohungen erfordern, dass wir die Abwehrkräfte unserer Demokratie verstärken. In Baden-Württemberg muss unmissverständlich klar sein: Organisationen und Vereine, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung stellen, bekommen es mit unserem Rechtsstaat zu tun. Die größte Bedrohung für die verfassungsmäßige Ordnung geht vom Rechtsextremismus aus, den es entschieden zu bekämpfen gilt. Es gilt der Grundsatz: Wenn in unserem Land Hass, Hetze und Antisemitismus verbreitet werden, wenn zu Gewalt aufgerufen wird, wie beispielsweise in islamistischen Gebetsräumen – dann schließen wir diese Räume.*

6. Einführung des Nordischen Modells zur Bekämpfung von Ausbeutung in der Prostitution

Warum wird Deutschland „Das Bordell Europas“ genannt?

Prostitution ist Ausdruck struktureller Gewalt gegen Frauen und mit der Menschenwürde nicht vereinbar. Die SPD Baden-Württemberg setzt sich deshalb für die Umsetzung des nordischen Modells in Deutschland und damit für ein Sexkaufverbot ein. Dazu zählen die Freierbestrafung, die völlige Entkriminalisierung der in der Prostitution Tätigen und flankierende Ausstiegshilfen für Prostituierte und Freier. Selbstverständlich gehört dazu auch, die Sozialarbeit weiter auszubauen. Die Erfahrungen in Schweden deuten darauf hin, dass es Sozialarbeiter:innen gelingt, die Prostituierten auch nach Einführung des Sexkaufverbots zu erreichen. Stuttgart, (05.02.2026)*